

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 89 (2009)
Heft: 969

Artikel: Vivisektion des Gutmenschen. Teil IV, Warum es nicht gut ist, Politik mit Mitteln der Moral zu praktizieren
Autor: Baader, Roland
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-168271>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vivisektion des Gutmenschentums

Teil IV

Warum es nicht gut ist, Politik mit Mitteln der Moral zu praktizieren

Roland Baader

Handeln auf Kosten anderer ist problematisch. Politik ist deshalb seit je eine zweischneidige Angelegenheit, denn sie ist immer nur auf Kosten anderer zu betreiben. Bei ordnungs- und sicherheitspolitischen Aktivitäten mag man im Urteil noch schwanken, weil die These, Ordnung und Sicherheit seien den meisten Bürgern «etwas wert», diskutierbar ist. Bei Massnahmen mit Umverteilungswirkung aber – und das trifft auf fast alle Politik zu – muss das Urteil kompromisslos ausfallen: unmoralisch und daher illegitim.

Moral erstirbt, wenn Menschen bei ihren Entscheidungen nicht die eigenen Mittel einsetzen und die Konsequenzen ihrer Entscheidungen nicht selbst tragen müssen. Moralische Prinzipien wie Ehrlichkeit, Friedlichkeit und Freiwilligkeit werden entweder befolgt oder aufgegeben. Kompromisse kann es hier nicht geben. Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat hingegen beruht auf «moralischen Kompromissen» – also auf einem Aufgeben moralischer Prinzipien. Wo immer man die Verbindung zwischen Beitrag und Belohnung, Leistung und Nutzen, oder Kosten und Ertrag kappt – wie das dem Sozialstaat systemimmanent ist –, hat man den Hauptantriebsriemen jenes Generators zerstört, der Moral erzeugt.

Moral setzt persönliche Verantwortung voraus. Der Moralismus der Politik, der sich auf Begriffe wie «gesellschaftliche Solidarität» und das allgemein «Soziale» beruft, erfüllt diese Voraussetzung nicht. Recht bedacht, ist die Rede von «kollektiver Verantwortung» eine Chimäre, eine *contradictio in adjecto*. Sie ist genauso undenkbar wie eine «gesunde Menschheit».

Die fundamentale Grundregel der Moral lautet: Respekt vor dem anderen und dessen Eigentum (Eigentum am eigenen Körper, am eigenen Leben und an den rechtmässig erworbenen materiellen Gütern). Das Gebot «Du sollst nicht stehlen» gilt nicht nur für Individuen, sondern auch für Staaten. Politik verletzt dieses Gebot, schon weil sie ohne zwangsweise erhobene Steuern nicht betrieben werden kann.

Wenn Moral als Machtmittel eingesetzt wird – und das ist Grundlage des dauerhaften Legitimitätsanscheins, auf den Politik angewiesen ist –, müssen die Akteure den ehrli-

chen Boden der Verantwortungsethik verlassen und in den trügerischen Dunst der Gesinnungsethik eintauchen. Dazu gehört auch systematische Begriffsverfälschung. So kann beispielsweise ein Staat, der Gerechtigkeit übt – also ausnahmslos gleiches Recht für alle setzt –, nur wenig Macht entfalten. Deshalb wird er den undefinierbaren und somit beliebig interpretierbaren Terminus der «sozialen Gerechtigkeit» auf seine Fahnen schreiben. Der deutsche Soziologe Erich Weede spricht zu Recht von der «Verlogenheit der moralischen Argumente bei fast allen sozialpolitischen Massnahmen», die in Wirklichkeit nur der «Rationalität des wechselseitigen Nutzens von Interessenkoalitionen und Politikern» dienen.

Nicht selten verschleiert moralgetränkte Rhetorik die amoralische Realität. Dazu ein Beispiel. Noch in den 1960er Jahren starben in China Millionen von Menschen an Unterernährung. Erst als die Kommunen abgeschafft wurden und die Bauern für den eigenen Verkauf auf Märkten produzierten, verbesserte sich die Lage deutlich. Was ist nun moralischer: die Menschen «gemeinnützig» verhungern oder sie ihr eigenes Leben und das aller anderen aus «eigennützigem» Antrieben gestalten zu lassen?

Nicht selten verschleiert
moralgetränkte Rhetorik die
amoralische Realität.

Der Rechtsstaat, der wahrhaftiges Recht setzen und bewahren will, blickt nur auf die Handlungen der Menschen, nicht auf ihre Gesinnung, weil die Kombination aus Macht und Gesinnung unweigerlich zum Tugendterror (siehe Robespierre) führt. Staat bedeutet Zwang und Gewalt. Und das sind Übel, aus denen niemals moralisch Gutes erwachsen kann. Zu Ende gedacht, bedeutet dies, dass sich Staat und Moral eigentlich ausschliessen. «Zur moralischen Schönheit der Handlungen», hat Friedrich Schiller geschrieben, «ist Freiheit des Willens die erste Bedingung, und diese Freiheit ist dahin, sobald man moralische Tugend durch gesetzliche Strafen erzwingen will.»

Freiheit ist die Basis moralischen Handelns. Zwang ist deshalb per se unmoralisch. Menschen, die Zwang durchsetzen, bedienen sich deshalb gerne moralischer Rhetorik. Der amerikanische Ökonom Ken Schoolland beschreibt die verhängnisvolle Kombination aus Politik und Moralismus treffend: «Böses geht nicht nur von schlechten Menschen aus, sondern auch von guten Menschen, die die Anwendung von Gewalt als Mittel für ihre eigenen Ziele tolerieren. Auf diese Weise haben gute Menschen in der ganzen Geschichte die schlechten Menschen mit Macht versehen.»

ROLAND BAADER, geboren 1940, ist Nationalökonom und Autor u.a. von «Markt oder Befehl» (2007).